



Detailansicht des Registereintrags

Berliner Erklärung - Deutschlandweites Bündnis zur Gleichstellung

Aktuell seit 22.09.2026 14:52:33

Die Berliner Erklärung ist ein freier Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen & Initiativen, mit dem Ziel, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der deutschen Gesellschaft realisiert wird

Registernummer:	R000827
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	22.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	28.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Berliner Erklärung c/o M. Schulz-Strelow (Office K61) Kurfürstendamm 61 10707 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491723116812 E-Mail-Adressen: sprecherin@berlinererklaerung.de Webseiten: <u>www.berlinererklaerung.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Monika Schulz-Strelow**

Funktion: Sprecherin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Milanie Kreutz**
2. **Dr. Christiane Groß**
3. **Dr. Helga Lukoschat**
4. **Prof. Dr. Anja Seng**
5. **Elke Ferner**
6. **Evelyne de Gruyter**
7. **Clara Gruitrooy**
8. **Monika Schulz-Strelow**

Gesamtzahl der Mitglieder:

49 Mitglieder am 20.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (35):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Menschenrechte; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Wahlrecht; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Opferschutz; Kultur; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Internetpolitik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im

Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Rechtspolitik; Sonstiges im Bereich "Recht"; Rente/Alterssicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Bank- und Finanzwesen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Berliner Erklärung ist ein freier Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen und Initiativen, die mit ihren Vertreterinnen und Verbündeten aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern Frauen in all ihrer Vielfalt repräsentieren, mit dem Ziel, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der deutschen Gesellschaft realisiert wird.

Denn die Gleichberechtigung von Frauen und Männern - dieser Anspruch des Grundgesetzes - ist immer noch nicht eingelöst. Noch immer versäumt es der Staat, ausreichend auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Die digitale Transformation eröffnet Chancen, aber es drohen auch Diskriminierungen. Bereits im Verlauf der Corona-Krise gab es in vielen Bereichen Rückschritte bezüglich gleicher Teilhabe. Frauen sind weniger sichtbar und erfahren die Zunahme von Hass und Gewalt.

Die Forderungen der Berliner Erklärung sind Parität auf allen Ebenen, Gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen, Leitprinzip Gleichstellung und ein Leben frei von Gewalt. Diesen Forderungen verleiht die Berliner Erklärung Nachdruck in Gesprächen mit der Bundesregierung und mit Politikerinnen und Politikern aller demokratischen Parteien im Bundestag sowie durch Briefe, Pressemitteilungen und Statements.

Konkrete Regelungsvorhaben (0)

Die Interessenvertretung bezieht sich aktuell nicht auf die konkrete Änderung bestehender oder den Erlass neuer Gesetze oder Verordnungen.

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro